

# Debatte um Chinas Anerkennung als Marktwirtschaft spitzt sich zu

Bis Ende des Jahres wird die EU eine Entscheidung darüber treffen müssen, ob und – wenn ja – wann und unter welchen Umständen sie China den Marktwirtschaftsstatus zugestehen wird.



Vor allem deutsche Verbände der Stahl- und Metallindustrie laufen gegen eine mögliche Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft Sturm.

Nach 15 Jahren wird am 11. Dezember 2016 eine Übergangsregelung in Chinas WTO-Beitrittsprotokoll auslaufen. Diese Klausel hat es bisher ermöglicht, in Anti-Dumping-Verfahren gegen chinesische Unternehmen statt der chinesischen Inlandspreise Vergleichspreise aus Drittländern heranzuziehen. Noch ist nicht geklärt, ob nach Auslaufen dieser Übergangsregelung tatsächlich nur noch chinesische Preise in entsprechenden Untersuchungen zugrunde gelegt werden dürfen und ob die EU infolgedessen China den Status einer Marktwirtschaft gewähren muss. Die WTO-Mitglieder selbst sind sich in der Frage uneins. Etwa 100 Länder haben China im Rahmen bilateraler Verhandlungen bereits den Status gewährt. Wichtige Handelspartner wie die USA, Kanada, die EU, Japan und Indien sind aber nicht darunter.

Die Debatte findet in einer Phase statt, in der wirtschaftspolitische Liberalisierungsmaßnahmen in China immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Gerade vor dem Hintergrund eines sich abkühlenden Wachstums steigt die Gefahr, dass chinesische Unternehmen ihre Überkapazitäten verstärkt auf ausländischen Märkten abladen. Sowohl Chinas wirtschaftspolitische Strukturreformen als auch die Frage des Marktwirtschaftsstatus haben für die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer engen Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten besondere Bedeutung.

Während einige Branchen befürchten, dass durch die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft Antidumping-Maßnahmen erheblich an Wirksamkeit verlieren würden, könnten andere Branchen teilweise von niedrigeren Antidumping-Zöl-

len profitieren, da sie einen hohen Anteil an Vorprodukten aus China beziehen. Der gesamtwirtschaftliche Nettoeffekt einer Anerkennung als Marktwirtschaft ist bisher nur unzureichend analysiert. Die EU-Kommission hat angekündigt, bis zum Sommer 2016 eine umfassende Folgenabschätzung der möglichen Szenarien durchzuführen und ein Rechtsgutachten vorzulegen, das klären soll, welche Verpflichtungen aus dem Auslaufen der Übergangsregelungen für die EU entstehen.

**Drei Optionen.** Wie die EU-Kommission Anfang Februar im Europäischen Parlament darlegte, hat die EU drei grundlegende Optionen: Sie könne

1. die Antidumping-Gesetzgebung unverändert lassen, China also weiterhin auf der Liste der Nicht-Marktwirtschaften führen
2. die Antidumping-Gesetzgebung so anpassen, dass China den Marktwirtschaftsstatus erhält oder
3. die Antidumping-Gesetzgebung so anpassen, dass China den Marktwirtschaftsstatus erhält, und gleichzeitig Ausgleichsmaßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass weiterhin wirksame Instrumente zum Schutz gegen unfaire Exporte aus China zur Verfügung stehen.

Alle Optionen sind mit Risiken verbunden. Eine Verweigerung der Anerkennung als Marktwirtschaft würde vermutlich zu politischen Unstimmigkeiten mit China führen. Eine bedingungslose Anerkennung als Marktwirtschaft könnte dagegen gravierende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Zwar sind zurzeit nur etwa 1,37 Prozent der europäischen Importe aus China von Antidumping-Zöllen betroffen. Den-

noch könnte der Wegfall dieser Zölle in bestimmten Branchen zu erheblichen Stellenverlusten führen. Besonders betroffen wären die Stahl- und Keramikindustrien in Deutschland und Italien. Die dritte Option ist eine Kompromisslösung. Wie Ausgleichsmaßnahmen bei einer Anerkennung als Marktwirtschaft genau aussehen könnten, ist jedoch noch unklar. Im Gespräch sind etwa der Schutz einzelner Sektoren, zum Beispiel durch Übergangsfristen für bereits laufende Schutzmaßnahmen, und Änderungen des Antidumping-Regelwerkes, um auch in Zukunft effektiv gegen wettbewerbsverzerrende Handelspraktiken aus China vorgehen zu können.

Angesichts des ambitionierten Zeitplans der EU-Kommission plädiert der APA vor allem dafür, möglichst früh den Dialog mit der chinesischen Seite zu intensivieren. Die Hoffnung Chinas auf eine bedingungslose Anerkennung als Marktwirtschaft durch die EU sollte gedämpft und neue Verhandlungsspielräume sollten eröffnet werden. ■

## Kontakt

**APA**  
Asien-Pazifik-Ausschuss  
der Deutschen Wirtschaft

### Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff  
Telefon +49 151 6563 4613  
F.Schaff@bdi.eu

Patricia Schetelig  
Telefon +49 30 2028 1532  
P.Schetelig@bdi.eu  
www.asien-pazifik-ausschuss.de